



# NEUE GEMEINDE

www.gvvgld.at

info



**GVV fordert 5 Punkte für ein „Gemeindesicherungspaket“  
70 Millionen Euro für die Liquiditätssicherung nötig!** Seite 6 - 8

**Mindestlohn:** GVV unterstützt Einführung des Mindestlohns in den burgenländischen Gemeinden.

Seite 9

**GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen besinnliche Feiertage!  
Bleiben Sie gesund!**

**Gemeinden halfen bei Corona-Massentests:** Neben 25 fixen Teststationen kamen zwei Testbusse zum Einsatz.

Seite 5

**Klartext!**

## Gemeindesicherungspaket gefordert



Bgm. Erich Trummer  
Präsident GVV  
Burgenland

**Geschätzte BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen!**  
**Liebe GemeindevertreterInnen!**  
**Sehr geehrte Damen und Herren!**

Die 171 burgenländischen Gemeinden mit ihren Gemeindevertretern und rund 4300 MitarbeiterInnen wirtschaften (auch im Bundesländervergleich) nachweislich sehr gut. Sie sind ein wichtiger Motor für die burgenländische Wirtschaft und sichern mit ihren Projekten und Investitionen zahlreiche Arbeitsplätze. So wurden noch im Jahr 2019 mehr als 101 Millionen Euro in wichtige Projekte investiert. Zwei Drittel - und damit der Großteil der Summe - wurden für die Daseinsvorsorge, wie Straßenbau, Müllentsorgung, Ausbau und Instandhaltung von Kanälen, verwendet. Das andere Drittel ist in den Bildungs- und Sozialbereich geflossen.

Mit der Covid-Krise im Jahr 2020 kam der Absturz der Bundesertragsanteile. Aufgrund dieses Liquiditätsnotstandes der Gemeinden, der durch die Covid-Bundesmaßnahmen entstanden ist, ist vom Bund ein Hilfspaket für die Gemeinden bereitzustellen. Der Vorstand des GVV fordert deshalb im Rahmen eines Gemeindesicherungspaketes vom Bund, aufgrund des Verursacherprinzips (Lockdown I und II sowie seiner Steuerhoheit), für die Gemeinden eine 100% Abgeltung des finanziellen Corona-Ausfalls ohne Auflagen. Nach dem derzeitigen Stand (Dezember 2020) entspricht das für die burgenländischen Gemeinden einer Höhe von € 70 Mio. Euro bzw. 250,- Euro/Einwohner. Sollte es keinen vollen Ausgleich der Einnahmeneinbußen seitens des Bundes geben, wird es durch die fehlenden Einnahmen aus der Kommunalsteuer, sowie den Ertragsanteilen für viele Gemeinden kaum mehr möglich sein, den laufenden Betrieb – und somit die Daseinsvorsorge – für die BürgerInnen zu finanzieren.

Was das bedeuten könnte, sieht man auch, wenn man sich das verlässliche Krisenmanagement der Gemeinden vor Ort seit Beginn der Covid-Krise ansieht. Die Massentests und eventuell künftig auch die Impfkation sind nur aktuelle Beispiele, um zu erkennen, dass man sich auf die Gemeinden verlassen kann. Dafür darf ich jedenfalls allen politisch und dienstlich Tätigen in den Gemeinden meinen großen Dank aussprechen und meine, dass es nicht fair wäre, wenn die Bundesregierung uns nicht ausreichend hilft!

Ich wünsche in jedem Fall heuer ein ganz besonders zuversichtliches Weihnachten und vor allem ein gesundes Jahr 2021. Gemeinsam werden wir diese gesundheitliche Krise schaffen und die finanzielle Krise von den Gemeinden abwenden!

mit freundschaftlichen Grüßen  
Euer

Erich Trummer,  
GVV Präsident



Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf gratuliert dem neuen Vizebürgermeister von Eisenstadt Otto Kropf  
Foto: SPÖ Eisenstadt

## Otto Kropf neuer Vizebürgermeister von Eisenstadt

In der Gemeinderatssitzung der Landeshauptstadt vom Anfang November wurden, auf Grund des Ausscheidens von Eisenstadts Vizebürgermeisterin Lisa Vogl und Stadträtin Renee Maria Wisak, die Weichen der SPÖ Eisenstadt neu gestellt. Das SPÖ-Stadtparteipräsidium hat Otto Kropf als Vizebürgermeister nominiert und er wurde einstimmig von seinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen gewählt.

Dr. Richard Mikats wurde als Stadtrat angelobt und Beatrix Wagner steht auf ausdrücklichen Wunsch von Otto Kropf, dem SPÖ-Klub weiterhin als Klubobfrau zur Verfügung.

### Langjährige Erfahrung in der Gemeindearbeit

Otto Kropf besitzt als ehemaliger Klubobmann bereits Erfahrungen in der Gemeinderatsarbeit und er wird sich mit seinem Team konstruktiv, aber auch kritisch, für das Wohl der Eisenstädterinnen und Eisenstädter einbringen. Weiters gehören dem Rathausteam GR Bettina Eiszner als Obfrau des Prüfungsausschusses, GR Patrick Golauschnig, GR Anika Karall und GR Beata Szmoljan an.

### Dank an Vorgängerin Vogl

Die SPÖ Eisenstadt, mit Otto Kropf an der Spitze, bedankt sich ganz herzlich für die geleistete Arbeit von Lisa Vogl und Renee Maria Wisak. „Wenn die Covid-19 Maßnahmen es wieder zulassen, werden wir einen Stadtparteitag einberufen, um auch den Parteivorstand und das Parteipräsidium neu zu wählen“, sagt der neue Vizebürgermeister abschließend.

### SPÖ Bezirksvorsitzende Eisenkopf gratuliert

SPÖ Bezirksvorsitzende Astrid Eisenkopf ist über das Engagement von Kropf erfreut und gratuliert dem langjährigen und erfahrenen SPÖ-Funktionär zu seiner zukünftigen Aufgabe: „Mit Otto Kropf haben wir einen verlässlichen Partner für die Eisenstädterinnen und Eisenstädter gefunden, der das Miteinander in den Vordergrund seiner Arbeit stellt und Einigkeit und Verbundenheit in die Partei bringt. Ich bin mir sehr sicher, dass er durch seine langjährige Erfahrung der richtige Nachfolger für den Vizebürgermeister-Sessel in Eisenstadt ist und einen wichtigen Beitrag für eine positive Weiterentwicklung von Eisenstadt leisten wird.“

## WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland wünscht alles Gute zum Geburtstag!

BGM.  
**Franz KAZINOTA** 50  
Neustift bei Güssing

BGM.  
**Ernst SIMITZ** 50  
Tschanigraben

VBGM.  
**Johanna AUER, BR a.D.** 70  
Neufeld

VBGM.  
**Florian OHRENHOFER** 40  
Olbendorf

VBGM.  
**Martin Christian MILEDER** 60  
Oslip



**Zur Sache!****Liebe Gemeindevertreterinnen!  
Liebe Gemeindevertreter!**

Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer

Ein Rettungspaket für ländliche Räume - das ist die Kernforderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Ich möchte mich dem geschätzten Kollegen Dr. Landsberg anschließen. Auch wir in Österreich brauchen ein massives Rettungspaket für ländliche Räume als Teil der Corona-bedingten Wirtschafts- und Finanzhilfen. Berücksichtigt man den Stand vor der COVID-19-Pandemie, ist auch bei uns davon auszugehen, dass die Lage der ländlichen Räume in den kommenden Jahren weitaus dramatischer ausfallen dürften, als jene in den Ballungsräumen, vor allem, was die kommunale Finanzsituation betrifft. Auch die personelle Überlastung der kommunalen Verwaltungen und sozialen Einrichtungen sowie die zusätzlichen Aufwendungen im Bereich der Sozialleistungen werden sich nicht zum Vorteil entwickeln. Die Corona-Pandemie wird damit nicht nur zu einer Belastungsprobe für die Wirtschaft, sie gefährdet auch die Chance auf gleichwertige Lebensverhältnisse. Ein ordentliches, gut dotiertes finanzielles Rettungspaket ist nur eine Teillösung, da es insgesamt einen stärkeren Fokus auf die Bedingungen im ländlichen Raum braucht. Deshalb bieten diese Krise die Chance, im Rahmen künftiger Konjunkturprogramme, einen besonderen Fokus auf Maßnahmen zu legen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen in ländlichen Gebieten sichern und Zukunftsinvestitionen forcieren. Dazu gehört neben dem Breitbandausbau und der Digitalisierung auch die Stärkung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, damit nicht nur das Homeoffice und Co-Working ermöglicht wird, sondern dies auch in einem attraktiven Wohn- und Lebensumfeld stattfinden kann.

Die Corona-Krise darf vor allem nicht soziale Dienstleistungen in abgelegenen Gebieten gefährden. Besonders Pflegeleistungen werden in ländlichen Gebieten in den meisten Fällen durch Angehörige erbracht. Auch die Situation der ärztlichen Versorgung in ländlichen Räumen ist oft schwierig. Die Vernetzung zwischen der ambulanten und stationären ärztlichen Versorgung sowie den Pflegeeinrichtungen muss unter Nutzung der Digitalisierung beschleunigt werden! Intersektorale Versorgungsstrukturen müssen vorangetrieben werden!

Zudem muss dem Trend entgegengewirkt werden, dass kommunale Einrichtungen zum „Sparschwein“ werden. Bereits heute sind Schwimmbäder, Büchereien oder Mehrzweckhallen in ländlichen Gebieten in ihrem Bestand bedroht. Neben den hohen Kosten fallen jetzt auch noch die ohnehin spärlichen Einnahmequellen dieser Einrichtungen weg. Hinzu kommt die angespannte finanzielle Situation vieler privater Haushalte, etwa aufgrund von Kurzarbeit. Ohne diese Einrichtungen sinkt aber die Attraktivität ländlicher Räume. Bund, Länder und Kommunen müssen daher alles tun, um den Erhalt, sowie die Nachfrage, kommunaler Einrichtungen und zugleich den Tourismus in den ländlichen Räumen zu erhalten und zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer



Zehntausende Burgenländerinnen und Burgenländer ließen sich testen, unter anderem auch bei der Teststation im Kulturzentrum in Siegendorf, wo auch Bürgermeister Rainer Porics bei der Abwicklung der Testungen mitgeholfen hat

Foto: LMS

## Corona-Testungen: Gemeinden halfen mit

Das Burgenland hat von 10. bis 15. Dezember die Coronavirus-Massentests durchgeführt. Es haben sich erfreulicherweise alle 171 Gemeinden des Landes gemeldet und in unterschiedlichster Weise die Bereitschaft zur Mithilfe bekundet. „Der GVV möchte sich dafür bei allen seinen Mitgliedsgemeinden bedanken“, sagt GVV Präsident Erich Trummer. Neben 25 fixen Teststationen kamen zwei Testbusse an insgesamt neun Stationen zum Einsatz. Die jeweiligen Standortgemeinden, in denen die Testungen abgewickelt worden sind, wurden vom Land informiert. Aufgabe der Gemeinden waren die räumliche Ausstattung der Teststraße, die Information der Ortsbevölkerung, die Versorgung der Testteams mit Getränken und Verpflegung und die personelle Unterstützung bei den administrativen Tätigkeiten wie Begrüßung, Einweisung, Registrierung, Verwaltung und Vieles mehr.

## Burgenländische Gemeinden verzichten auf Glyphosat

**W**ährend auf nationaler Ebene noch diskutiert wird, ob das im Nationalrat im Jahr 2019 beschlossene Totalverbot von Glyphosat mit dem Unionsrecht vereinbar ist, setzt das Land Burgenland verschiedenste Maßnahmen, um den Einsatz von Glyphosat Schritt für Schritt zu reduzieren. Mittlerweile haben 60 Gemeinden im Burgenland Glyphosat aus der öffentlichen Grünraumpflege verbannt.

Gemeinden, die freiwillig auf das umstrittene Pestizid verzichten, werden mit dem Gütesiegel „Ökologische Gemeinde“ ausgezeichnet. „Mein Ziel ist, dass das ganze Burgenland glyphosatifrei wird. Ich möchte, dass unsere Kinder in einer gesunden Umgebung aufwachsen. Dazu müssen wir auf allen Ebenen

ansetzen. Die Flächen des Landes und aller landesnahen Betriebe werden glyphosatifrei gepflegt. Wir gehen mit gutem Beispiel voran, um auch die Gemeinden, die Landwirtschaft und Privatpersonen davon zu überzeugen, dass es auch ohne Glyphosat funktioniert. Auch mit der Bio-Wende sind wir im Agrarbereich auf einem guten Weg“, sagt die für Umweltschutz zuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf. Wie die Umstellung gelingt, zeigt die Stadtgemeinde Neufeld an der Leitha, sie ist seit 2017 glyphosatifrei. Bürgermeister Michael Lampl: „Natürlich war es für uns selbstverständlich, dass wir der Umwelt und Gesundheit zuliebe auf Glyphosat im öffentlichen Bereich verzichten und auf das händische Entfernen des Unkrauts umstellen.“

# H AA I

## Exklusive Rabatt - AKTION für den GVV Burgenland -> Apple Kontakt

Bei HAAI bekommen Sie und alle **GVV Gemeinden & SPÖ Gemeinderäte** und Angehörigen exklusive Sonderpreise auf Macs, iPads und Zubehör.

**Ihre Sonderkonditionen\*:**  
 8% Rabatt auf Macs  
 8% auf iPads  
 10% auf Original Apple Zubehör

\*2019 bis zum 31.03.2021

6x in Österreich  
HAAI.at

A1 Exclusive Partner

McSHARK  
Mobile Office Solutions

Apple  
Authorized Reseller

Apple  
Authorized Education Specialist

Wolfgang Decker  
Consultant Enterprise Mobility Solutions

+43 664 626 00 08  
wolfgang.decker@hiai.at

HAAI GROUP

## Info-Box

### GVV fordert 5 Punkte für ein „Gemeindesicherungspaket“

- Wir fordern vom Bund, aufgrund des Verursacherprinzips (Lockdown I und II sowie seiner Steuerhoheit), für die Gemeinden eine 100% Abgeltung des finanziellen Corona-Ausfalls ohne Auflagen. Nach dem derzeitigen Stand (Dezember 2020) entspricht das für die burgenländischen Gemeinden einer Höhe von € 70 Mio. Euro bzw. 250,- Euro/ Einwohner
- Der GVV fordert effektive Erbschafts- und Vermögensteuern, angemessene Finanztransaktionssteuer, wirksame Digitalsteuer zur Bekämpfung dieser (auch finanziellen) COVID 19 Krise einzuführen, um ein sozial verträgliches Gegenfinanzierungsmodell für die erforderlichen Sonderausgaben des Bundes bereitzustellen.
- Von der Burgenländischen Landesregierung die Verhandlungen im Rahmen des Gemeindereformpaketes mit einer Aufgaben- und Ausgabenentlastung (auch mit künftiger Beteiligung und Mitsprache der Gemeinden) zügig fortzuführen, um den finanziellen Spielraum für die Kommunen strukturell zu sichern.
- Jene burgenländischen Gemeinden, die im Jahr 2021 (per Gemeinderatsbeschluss) ins neue Besoldungsschema gemäß Gemeindebedienstetengesetz wechseln, durch das Land finanziell nachhaltig zu unterstützen (z.B. mit Berücksichtigung bei den Bedarfszuweisungsmitteln).
- Weitere Synergieeffekte in Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden herauszufiltern, um die Gemeinden finanziell spürbar zu entlasten und sie zukunftsfit zu machen. Damit sollte auch der Finanzbedarf für die - vom GVV unterstützten - sozialpolitischen Leuchtturmprojekte sichergestellt werden.

## Burgenländische Gemeinden brauchen mindestens 70 Mio. Euro frisches Geld



Der GVV Landesvorstand in der Bauermühle in Mattersburg

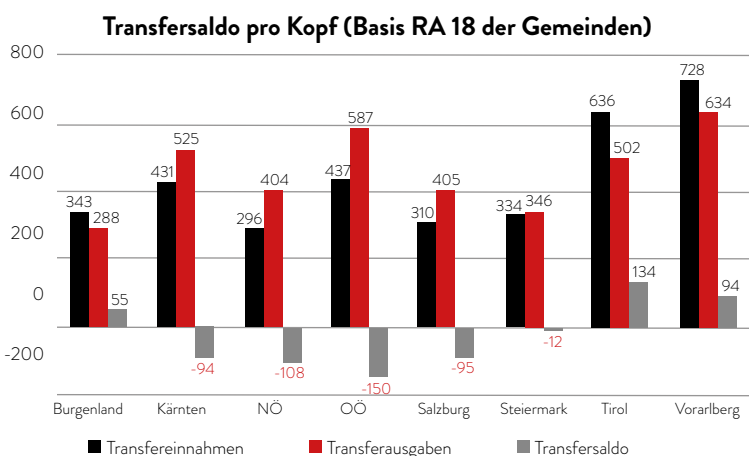
Foto: GVV Burgenland

**Die Corona-Pandemie stellt die burgenländischen Gemeinden vor große finanzielle Herausforderungen. „Mindestens 70 Millionen Euro frisches Geld sind zur Liquiditätssicherung notwendig. Wir fordern auch eine 100% Abgeltung des finanziellen Corona-Ausfalls,“ sagt GVV Präsident Erich Trummer. Die finanzielle Situation der Gemeinden im Burgenland stand auch im Mittelpunkt der Sitzung des GVV Landesvorstandes Mitte Dezember in der Bauermühle in Mattersburg. Dort wurde ein 5-Punkte-Gemeindesicherungspaket präsentiert.**

Alle Studien und Prognosen zeigen mehr als deutlich, dass es für die Gemeinden enorme finanziellen Folgen der Corona-Krise gibt. Kumuliert österreichweit 2020 und 2021 fast 2,5 Mrd. Euro (ohne Wien). Sollte es keinen vollen Ausgleich der Einnahmeverluste seitens des Bundes geben, wird es durch die fehlenden Einnahmen aus der

Kommunalsteuer sowie den Ertragsanteilen für viele Gemeinden kaum mehr möglich sein, den laufenden Betrieb – und somit die Daseinsvorsorge – für die BürgerInnen zu finanzieren. An etwaige Investitionen ist derzeit ohnehin in keiner Weise zu denken. Der GVV Burgenland bleibt daher bei seinen Kernforderungen an den Bund: Es muss einen vollen Ausgleich des Corona-Einnahmeverlusts der Gemeinden geben und im Rahmen der Soforthilfe des Bundes fordert der GVV für die burgenländischen Gemeinden 70 Millionen Euro für die Liquiditätssicherung!

Nachdem der Bundeskanzler und der Finanzminister für fast ganz Österreich Kompensations- und Hilfszahlungen angekündigt haben, warten die Städte und Gemeinden – als Systemerhalter der Republik – immer noch auf konkrete Zusagen zur dringend benötigten Liquiditätssicherung. Zusätzlich zum Einnahmeverlust kommt noch das Konjunkturstärkungsgesetz (Steu-

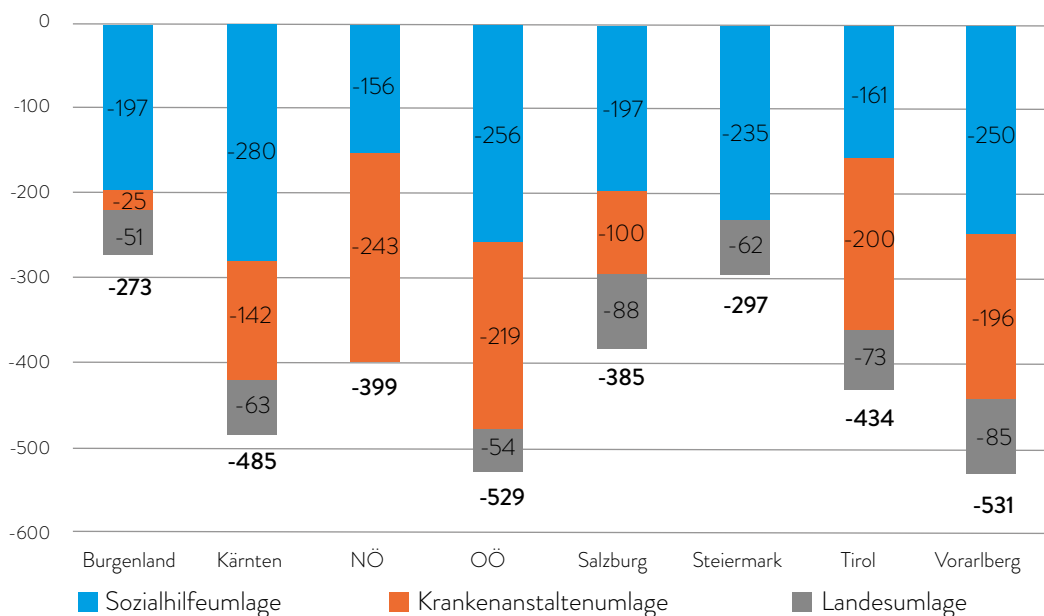


Quelle: Gemeindefinanzbericht 2020 / KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung

© Land Burgenland

# Umlagenbelastung der Gemeinden (Basis RA 18 der Gemeinden)

Euro pro Kopf



Quelle: Gemeindefinanzbericht 2020 / KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung © Land Burgenland



**energie  
BURGENLAND**

Sicherheit kommt  
mit dem Pannendienst.

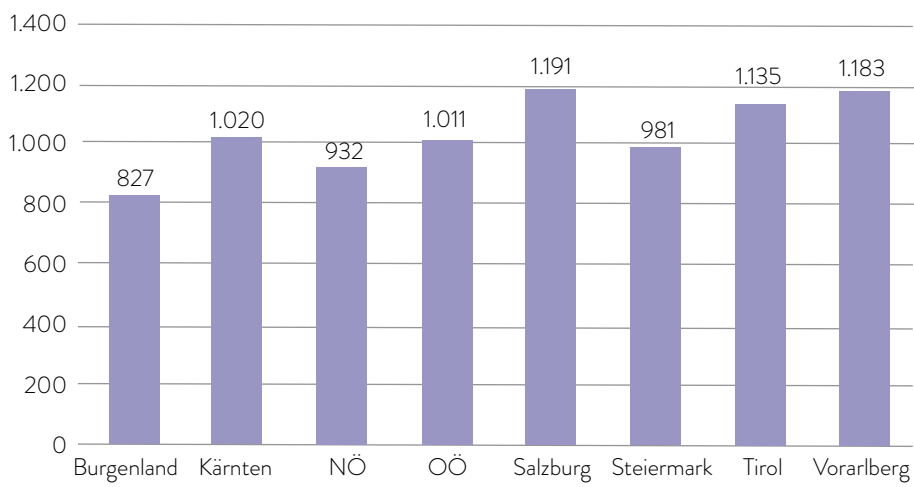
Der Pannendienst  
kommt mit Sicherheit.

*Wir sind  
Energie-  
Gewinner.*



Eine Strompanne in der Hausanlage kann mal vorkommen. Nicht vorkommen kann, dass Sie in so einem Fall lang im Dunkeln tappen. Denn als Energie Burgenland Kunde steht Ihnen rund um die Uhr ein TOP-Netz-Partner zur Verfügung, der sich sofort auf den Weg zu Ihnen macht. Auch das zählt für uns zur Versorgungssicherheit. Nähere Infos: [www.energieburgenland.at](http://www.energieburgenland.at)

Quelle: Statistik Austria

**Ertragsanteile 2019 pro Kopf in Euro**

erreform) der österreichischen Bundesregierung. Den Gemeinden und Städten wird diese Steuerreform nochmals in Summe 1,14 Milliarden Euro kosten.

Für das Burgenland hat das Finanzministerium, nach dem Ertragsanteilsrückgang von 29 Mio. Euro im Jahr 2020, für das nächste Jahr einen neuerlichen Rückgang von 26 Mio. Euro im Vergleich zu 2019 festgestellt. Dazu kommen noch jährlich 9 Mio. Euro Rückgang bei der Kommunalsteuer. In Summe haben also die burgenländischen Gemeinden aufgrund der Covid-Maßnahmen des Bundes mit einem Einnahmefall von 73 Mio. Euro zu kämpfen. Das sind durchschnittlich 250 Euro pro Burgenländerin bzw. Burgenländer.

Gerade in den letzten Wochen und Monaten hat sich gezeigt, dass die Kommunen, mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienstleistungen in der Krise, hervorragende Arbeit leisten. Auch jetzt, im Rahmen der Bereitstellung von zusätzlichen Räumlichkeiten für die Pflichtschulen oder bei der Abwicklung der Massentest, greift man gerne auf die Gemeinden als Systemerhalter vor Ort zurück. Hinzu kommt, dass die Städte und Gemeinden auch der größte öffentliche Investor in der Republik sind und tausende Arbeitsplätze durch ihre Investitionen - gerade im Bau und Baunebengewerbe - schaffen und absichern. Im Jahr 2019 konnten die burgenländischen Gemeinden noch 101 Mio. Euro in die burgenländische Wirtschaft investieren. Damit sind die kommunalen Ausgaben und Investitionen ein besonders wichtiger wirtschaftlicher Faktor und ein wesentlicher Beitrag zur Beschäfti-

gung, auch im Burgenland. Dieser Spielraum ist nun komplett weggebrochen. Die derzeitige finanzielle Situation darf daher nicht dazu führen, dass Investitionen aufgeschoben werden, dass kommunale Leistungen gekürzt werden, oder die GemeindebürgerInnen zusätzlich durch Gebührenerhöhungen belastet werden. Passiert nichts, würde dies auch österreichweit einen Personalabbau um zehn Prozent - also um rund 7.000 bis 8.000 Arbeitsplätze - und eine Reduktion des Verwaltungs- und Betriebsaufwandes bedeuten.

**Finanzielle Situation der Gemeinden**

Im Jahr 2019 standen den burgenländischen Gemeinden insgesamt Einnahmen in der Höhe von rund 747 Millionen Euro zur Verfügung, die Gesamtausgaben beliefen sich auf 645 Millionen Euro. Der Überschuss der laufenden Gebarung ist in den letzten sechs Jahren von 74,2 Mio. Euro auf 103 Mio. Euro gestiegen. Dies ist auf die positive Entwicklung der Einnahmenseite zurückzuführen, obwohl die Summe der Einnahmen pro Kopf in den burgenländischen Gemeinden - im bundesweiten Vergleich - den geringsten Wert aufweisen. Diese bundesweit positive Einnahmenseite ist allerdings mit dem Jahr 2020 und der Covid-Krise dramatisch eingebrochen. Ein großer Teil der Gemeinden befindet sich daher aktuell in einem Liquiditätsnotstand. So wurden noch im Jahr 2019 mehr als 101 Millionen Euro in wichtige Projekte investiert. Zwei Drittel - und damit der Großteil der Summe - wurden für die Daseinsvorsorge

wie Straßenbau, Müllentsorgung, Ausbau und Instandhaltung von Kanälen verwendet, das andere Drittel ist in den Bildungs- und Sozialbereich geflossen. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Schuldenstand um rund 3 Millionen Euro auf 307,7 Millionen Euro reduziert werden. Die Pro-Kopf-Verschuldung im Burgenland lag damit vor Corona bei rund 1.049 Euro.

Die burgenländischen Gemeinde-Haushalte waren also bis 2020 solide und relativ gut finanziert. Trotz relativ geringer Abgabenerträge (Ertragsanteile, gemeindeeigene Steuern) konnten die burgenländischen Gemeinden ihre Verpflichtungen auf der Ausgaben- und Investitionssseite decken. Die Ursachen für die positiven Werte der burgenländischen Gemeinden liegen auch in der Transferpolitik des Landes begründet.

**Gemeindeeinnahmen – Ertragsanteile**

Die burgenländischen Gemeinden weisen aber historisch bei den Ertragsanteileinnahmen im Bundesländervergleich mit gesamt 827 Euro pro Kopf den geringsten Wert auf - um 105 Euro pro Kopf weniger gegenüber Niederösterreich, 154 Euro pro Kopf gegenüber Steiermark, 184 Euro pro Kopf gegenüber Oberösterreich bis zu 364 Euro pro Kopf gegenüber Salzburg. Der bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen, vor allem vom GVV Burgenland durchgesetzte, Strukturfonds, von dem die burgenländischen Gemeinden mit jährlich 7,7 Mio. Euro überproportional profitieren, dämpft zumindest das historische West-Ost-Gefälle bei der Ertragsanteilverteilung in Österreich. Diese Strukturfondsmittel fließen den finanzschwächeren Gemeinden und Abwanderungsgemeinden zu.

**Gerechte Krisenfinanzierung**

Mit der Covid-Krise im Jahr 2020 kam der Absturz der Bundessteuerertragsanteile. Die Ertragsanteilmittel prognostizieren einen Rückgang von rund 11 % im Vergleich zum Jahr 2019 (im Vergleich zur Budgetvorschau 2020 sogar rund 12,4 %). Aufgrund dieses aktuellen Liquiditätsnotstandes der Gemeinden, der durch die Covid-Bundesmaßnahmen entstanden ist, ist vom Bund, im Verursacherprinzip, ein Hilfspaket für die Gemeinden bereitzustellen. Insgesamt 63 Gemeinden beschlossen deshalb die Resolution des GVV Burgenland „Rettung der Gemeindeleistungen und kommunales Investitionspaket für Arbeit & Wirtschaft“ an den Bundeskanzler und Finanzminister.



## GVV unterstützt Einführung des Mindestlohns in den Gemeinden

**D**ie von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil angekündigte Ausrollung des Mindestlohnes von 1.700 Euro kommt nun auch in den burgenländischen Gemeinden. „Alle Bediensteten in den Kommunen leisten hervorragende Arbeit, daher sind wir geschlossen im GVV für die Einführung des Mindestlohns von 1700 Euro in den Gemeinden“, unterstützt GVV Präsident Erich Trummer die Einführung des Mindestlohns auf Gemeindeebene.

Der GVV Burgenland war - so wie der Städtebund und der Gemeindebund - bei den Verhandlungen zu dieser Novelle des Gemeindebedienstengesetzes eingebunden. Der GVV spricht sich für dieses neue Gehaltsschema aus und wird die Ausrollung begleiten und unterstützen. Kernpunkt ist, dass jede Gemeinden selbst entscheiden kann, ob sie diese Neuregelung umsetzt. Trummer dazu: „Wir sind überzeugt, dass

keine Bürgermeisterin und kein Bürgermeister den eigenen Mitarbeitern eine faire Entlohnung verweigern wird, denn 10 Euro in der Stunde sollte uns jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter wert sein.“

Wie im Landesdienst kommt es auch für den Gemeindebereich zu einer Neugestaltung der Lebensverdienstkurven durch höhere Einstiegsgehälter, bei dann niedrigeren Endbezügen. Damit soll auch ein Signal an junge MitarbeiterInnen gesendet werden, die in jener Lebensphase besser verdienen sollen, in der sie für Familiengründung und Wohnraumschaffung den größten Bedarf haben. Gleichzeitig werden bisherige Nebengebühren weitgehend in das Grundentgelt einbezogen und Urlaubsansprüche neu geregelt. Das neue Gesetz lässt den Gemeinden die Wahl, sich für die Anwendung des neuen Dienst- und Besoldungsrechtes zu entscheiden. Diese Entscheidung kann



GVV Präsident Erich Trummer, hier im Interview mit dem ORF Burgenland, spricht sich für die Einführung des Mindestlohns aus

Foto: GVV Burgenland

auch rückwirkend per 1. Jänner 2021 getroffen werden und gilt dann ohne Opt-Out- Möglichkeit. Sobald im jeweiligen Gemeinderat der Beschluss gefasst wird, haben die Gemeindebediensteten ebenfalls ein Optionsrecht, ins neue Modell zu wechseln oder im bisherigen Schema zu bleiben. Für neu eintretende Mitarbeiter gilt in diesen Gemeinden auf jeden Fall das neue Modell.

### DIE KONKRETE UMSETZUNG:

- » Das neue Gesetz lässt den Gemeinden die Wahl, sich für die Anwendung des neuen Dienst- und Besoldungsrechtes zu entscheiden.
- » Diese Entscheidung kann rückwirkend per 1. Jänner 2021 getroffen werden und gilt dann ohne Opt-Out- Möglichkeit.
- » **Der Gemeinderatsbeschluss dafür kann erst ab 1.1.2021 (Gesetz in Kraft) gefasst werden.**
- » Sobald im jeweiligen Gemeinderat der Beschluss gefasst wird, haben die Gemeindebediensteten – ebenfalls rückwirkend – ein Optionsrecht, ins neue Modell zu wechseln oder im bisherigen Schema zu bleiben. Die Erklärung kann bis sechs Monate ab der Wirksamkeit des Beschlusses abgegeben werden; sie kann nicht widerrufen werden und ist nur einmal zulässig.
- » Es darf dieser Erklärung keine weitere Bedingung beigefügt werden, das führt zur Unwirksamkeit der Erklärung.
- » Die Erklärung tritt – je nach Entscheidung der Gemeindebediensteten – entweder mit dem nächstfolgenden Monatsersten oder rückwirkend mit der Wirksamkeit des Beschlusses in Kraft.
- » Für neu eintretende Mitarbeiter gilt in diesen Gemeinden auf jeden Fall das neue Modell.
- » Es wird für ALLE GEMEINDEN einheitliche MUSTERGEMEINDERATSBESCHLÜSSE geben.
- » Der GVV wird parallel dazu ab Jänner für alle MINDERHEITSGEMEINDEN zu diesem Musterbeschluss einen Antrag für die Einbringung in den Gemeinderat formulieren und an alle VizebürgermeisterInnen und OPVs schicken.
- » Der GVV rechnet damit, dass ca. 40% der MitarbeiterInnen in den Gemeinden diese Option ins neue Schema wählen werden.
- » **Die Mehrkosten im Bereich Besoldung würden, nach eigenen Berechnungen, im Schnitt ca. 10-12% für die einzelne Gemeinde betragen. Dies sollte bereits jetzt im Voranschlag der Gemeinde für 2021 vorgesehen werden.**

## Rettungseuro 2021 11,65 € pro Einwohner

Laut Bgld. Rettungsgesetz sind die Gemeinden für den örtlichen Rettungsdienst zuständig. Im Burgenland hat sich aber zwischen dem Land und den Gemeinden ein Mischsystem etabliert, bei dem beide Partner jeweils 50% der gesamten Kosten tragen und damit das Land mehr Kosten übernimmt, als gesetzlich vorgesehen! Darin enthalten sind der örtliche und der überörtliche Rettungsdienst und, als Teil davon, das Notarztwesen.

Der sogenannte Rettungseuro, also jener Betrag, den die Gemeinden sowie das Land pro Einwohner zu gleichen Teilen jedes Jahr zahlen, wird immer für ein Jahr festgelegt.

„Aufgrund der stark gestiegenen Mehrfahrten des Rettungsdienstes, der COVID-19 Pandemie sowie eines bundesweiten dramatischen Zivildienermangels stehen wir mit unserer gesetzlichen Verantwortung weiter vor einer großen Herausforderung!“, so Trummer.

Der aktuelle Rettungsbeitrag 2020 beträgt 11,24 Euro pro Einwohner und Jahr, zu zahlen vom Land und von den Gemeinden (örtlicher und überörtlicher Rettungsdienst sowie Notarztwesen). Darin enthalten ist die diesjährige Kostenindexierung sowie weiterhin die sozialrechtlichen Dienstrechtsanpassungen. Es wurde dafür ein Mehrbedarf von 0,322 Euro für den ordentlichen Rettungsbeitrag 2021 (ausgehend von 10,75 Euro – Grundbetrag) ermittelt.

Das ergibt einen ordentlichen Rettungsbeitrag 2021 von 11,07 Euro pro Einwohner und Jahr, je zu zahlen vom Land und von den Gemeinden. Darüber hinaus deckt das Land allein die Mehrkosten für den massiven Zivildienermangel ab.

Dazu kommt für das Jahr 2021 (so wie im Jahr 2020) ein jeweiliger Landes- und Gemeindebeitrag von 0,58 Euro/EW für die vorübergehende Weiterfinanzierung von den 2019 installierten 4 neuen Rettungsautos inkl. Personal, da der aufgrund der COVID-19 Krise die Einsparungspotenziale 2020 noch nicht vollständig wirken können.

Daher sollte für den Gemeinde-Voranschlag 2021 eine Gesamtvorschreibung von 11,65 Euro/EW vorgesehen werden!



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil bei der Budgetrede 2020

Foto: LMS

## LH Doskozil legt Budget für 2021 vor

**Landeshauptmann Hans Peter Doskozil hat in seiner Funktion als Landesfinanzreferent Anfang Dezember dem Burgenländischen Landtag den Landesvoranschlag für 2021 und den Nachtragsvoranschlag für 2020 vorgelegt.**

Die Schwerpunkte des Budgets 2021 liegen auf Sozialem, Gesundheit und Bildung. Rund 60 Prozent des Budgets fließen in diese Bereiche - das sind 864 Millionen Euro und ein Plus von 3,3 Prozent gegenüber 2020. Besonders stark steigen die Ausgaben im Bereich Gesundheit, wo das Budget von 173 auf 200 Millionen Euro erweitert wird - 15 Prozent mehr als vor Corona. Das Bildungsbudget steigt um 12 Millionen Euro auf nunmehr 302 Millionen Euro. Bei der Personalkostenförderung für Kindergärten wird um 4,33 Millionen Euro aufgestockt - eine Folge der Umsetzung des Gratiskindergartens. Das Investitionsbudget bleibt mit 22,27 Prozent am Gesamtbudget gegenüber dem Vorjahr, trotz Einbruch der Budgeteinnahmen, stabil. Insgesamt werden im kommenden Jahr 311 Millionen Euro investiert.

„Das größte Landesprojekt ist der Neubau des Krankenhaus Oberwart. In den kommenden Jahren werden wir bis zu 235 Millionen Euro investieren. Damit schaffen wir ein modernes Leitspital für das Südburgenland“, sagte Landeshauptmann Doskozil. Investiert wird aber auch in die anderen Spitäler.

Auch der öffentliche Verkehr wird massiv ausgebaut. Das Budget für Verkehrsverbände und die Bestellung von Verkehrsdiensten

wird von 15,7 Millionen 2019 bzw. 20,3 Millionen 2020 auf 23,45 Millionen erhöht, was deutliche Verbesserungen für Pendler bringen soll. Zusätzlich wird massiv in die Infrastruktur im Bereich des öffentlichen Verkehrs investiert: 1,9 Millionen Euro im Jahr 2021, bis 2027 sogar 50 Millionen Euro.

Insgesamt 63 Millionen Euro werden aktuell über die Landesimmobilien Burgenland GmbH (LIB) in große Bauvorhaben investiert. Im Wohnbaubereich bleibt das Förderniveau für Private gegenüber 2020, trotz Konsolidierungsdruck, gleich: 20 Millionen Euro stehen für Neubau- und Ankaufsdarlehen zur Verfügung, 4,8 Millionen Euro für Sanierungen. Die Mittel für die Wohnbeihilfe werden sogar auf 1,2 Millionen Euro aufgestockt. Was die Hilfsmaßnahmen für Gemeinden betrifft, forderte LH Doskozil „eine ehrliche Diskussion“. Ihm gehe es nicht um Mogelpackungen, das Land beabsichtige vielmehr, das größte Entlastungspaket für Gemeinden auszuverhandeln, das es im Bundesländervergleich gebe: „Den Gemeinden ist nur wirklich geholfen, wenn es zu einer strukturellen finanziellen Entlastung kommt. Unser Paket würde bedeuten, dass rund 30 Millionen Euro zusätzlich in die Gemeinden fließen, ohne dass es zu einem Kompetenzverlust kommt.“ Die Gemeindebünde sind eingebunden. Er hofft, dass die Gemeinden bereit sind, mit dem Land konstruktiv zu verhandeln. Darüber hinaus werden die Gemeinden auch durch die LIB entlastet, die zur Umsetzung und Finanzierung kommunaler Bauprojekte zur Verfügung steht.

## Corona-Hilfspakete: bislang 16,5 Millionen Euro durch Land genehmigt

**D**ie Corona-Krise hat uns in vielen Bereichen hart getroffen. Zusätzlich zu den Maßnahmen des Bundes hat die Burgenländische Landesregierung bereits umgehend nach Einsetzen der Pandemie ein umfassendes Corona-Maßnahmen-Hilfspaket geschnürt, um Betroffenen rasche Hilfe zu gewährleisten.

„Das Land Burgenland hat bis zum Ende des dritten Quartals 2020 mehr als 16 Millionen Euro an Unterstützungsleistungen gewährt. Davon entfallen rund 9,5 Millionen Euro auf Wirtschaftsförderungen, rund fünf Millionen Euro kommen dem Sozialbereich zu gute und rund 2 Millionen Euro fließen in den Tourismus bzw. in den Kunst- und Kulturbereich,“ so Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann. Damit im Zusammenhang hat sich die Burgenländische Landesregierung zu größtmöglicher Transparenz bekannt und gibt quartalsweise einen öffentlich einsehbaren Bericht ab. Konkret zeigt der aktuelle Transparenzbericht nicht nur eine detaillierte Auflistung der durch das Land Burgenland initiierten Maßnahmen, sondern gibt auch eine genaue Übersicht über die einzelnen Bereiche und deren Fördersummen. Der kluge Mix an Maßnahmen reicht von existenzsichernden Maßnahmen wie beispielsweise dem Härtefall-Fonds mit nicht rückzahlbaren Zuschüssen oder Haftungsübernahmen für Überbrückungsfinanzierungen bis hin zu konsumfördernden Impulsen

wie dem Handwerkerbonus, dem Burgenland Bonusticket für den Tourismus oder den Kulturgutscheinen. Die Pandemie hat auch gezeigt, wie fragil der Sozialbereich ist. „Hier liegt unser Fokus vor allem auf Unterstützungsleistungen für die 24-Stunden-Betreuung oder der Förderung von AlleinerzieherInnen. Niemand soll auf der Strecke bleiben. Die Krise darf zu keiner sozialen Krise werden“, so Landesrat Schneemann.

### Konzepte für konjunkturbelebende Maßnahmen durch Bund gefordert!

Zusätzlich zu den vielen existenzsichernden sowie konjunkturfördernden Maßnahmen des Landes wurde auch eine Arbeitsstiftung für Arbeitslose nach COVID19-bedingten Insolvenzen ins Leben gerufen. „Diese Maßnahme ist ein wichtiges Vehikel um Menschen, die völlig unverschuldet arbeitslos geworden sind, über ein breit gefächertes Angebot an Qualifizierungsmaßnahmen möglichst schnell wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern“, sagt Leonhard Schneemann, der in erster Linie den Bund am Zug sieht. „Seit einigen Tagen ist es den Unternehmerinnen und Unternehmern möglich den Fixkostenzuschuss II des Bundes zu beantragen. Diese Unterstützung ist längst notwendig. Was es allerdings zusätzlich dringend braucht, sind Lösungsansätze für die Zeit nach diesem zweiten Lockdown. Kurz und Co müssen endlich beginnen vorausschauend zu agieren!“



Silbernes Ehrenzeichen für Bgm. a. D. Johann Frank (Klingenbach), Bgm. Richard Frank gratuliert



Gemeinderat Johann Sommer aus Mörbisch erhielt die „Goldene Medaille des Landes Burgenland“



Silbernes Ehrenzeichen für Otto Lippert, Amtsleiter der Gemeinde Parndorf



Landesrat Leonhard Schneemann fordert auch vom Bund rasche Lösungsansätze zur Bewältigung der Krise  
Foto: LMS

## Ehrung verdienter Kommunalpolitiker

Die Ehrung verdienter Burgenländerinnen und Burgenländer zum Landesfeiertag ist ein Fixpunkt im jährlichen Veranstaltungskalender. Coronabedingt konnte die Veranstaltung zur Übergabe der Auszeichnungen nicht stattfinden. Den Geehrten wurde die Auszeichnungen zugesandt. Unter den Geehrten waren auch der langjährige Gemeinderat Johann Sommer aus Mörbisch (Goldene Medaille des Landes Burgenland), Bürgermeister a.D. Johann Frank aus Klingenbach (Silbernes Ehrenzeichen) und Otto Lippert, Amtsleiter der Gemeinde Parndorf (Silbernes Ehrenzeichen).

## ÖVP Burgenland verhindert Müllverbandsbudget

**E**igentlich hätte bei der **Verbandsversammlung des Burgenländischen Müllverbands (BMV) am 12. Dezember 2020 das Budget und die Nichterhöhung der Müllgebühren beschlossen werden sollen. Aus offensichtlich parteipolitischen Motiven hat die ÖVP die Beschlüsse verhindert. Eine Erhöhung der Müllgebühren ist damit nicht ausgeschlossen.**

Dabei war der mit den Stimmen der sieben SPÖ-Vertreter sowie der sieben ÖVP-Vertreter einstimmig beschlossen Budgetvoranschlag im Vorfeld der Verbandsversammlung den delegierten BürgermeisterInnen übermittelt worden. Im Laufe der Verbandsversammlung knüpfte die ÖVP ihre Zustimmung zum Budget plötzlich an die Forderung, 30 Millionen Euro zweckentfremdet und rechtswidrig an die Gemeinden auszuschütten. Eine Ausschüttung der Rücklagen könnte auch zu einer künftigen Gebührenerhöhung führen und wurde deshalb von den SP-GemeindevertreterInnen abgelehnt.

Für den Verbandsobmann und GVV-Präsidiumsmitglied Michael Lampel und dem GVV-Präsidenten Erich Trummer ist der Umfaller ihrer VP-Kollegen unverständlich: „Der Vorstand, unter Einbeziehung des Gemeindevertreterverbandes und des Gemeindebundes, war sich eigentlich in der Budgetvorbereitung einig. VP-Klubobmann Ulram ist damit sogar vorschnell in die Medien gegangen und jetzt soll auf einmal der BMV mit den Gebühren der BürgerInnen als Ersatzadressat für die Corona-Einnahmeherausfälle aus dem Bund erhalten.“ Dem Vernehmen nach erfolgte der Geisteswandel auf Zuruf aus der VP-Landesspitze.

### **Dank ÖVP ist eine Erhöhung der Müllgebühren nicht ausgeschlossen**

Das vorgelegte Budget hätte zum bereits siebzehnten Mal eine Gebührenstabilität und damit keine Erhöhung der Müllabfuhrgebühren vorgesehen und eine Corona-Mehraufwandsabgeltung von 3,5 Millionen Euro für die Gemeinden beinhaltet. Die beiden Gemeindevertreter Trummer



Haben kein Verständnis für das parteipolitische Manöver der ÖVP auf Kosten der Gebürhzahler: Verbandsobmann und GVV-Präsidiumsmitglied Michael Lampel und GVV Präsident Erich Trummer

und Lampel sind sich auch einig, wer für den Ausgleich der Corona-Einnahmeherausfälle für Gemeinden zuständig ist: „Der Bund hat die alleinige Steuerhoheit und muss die finanziellen Auswirkung der COVID-19 Krise für die Gebietskörperschaften ausgleichen.“



Der neue Vizebürgermeister in Hornstein Rainer Schmitl mit Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf und der Landtagsabgeordneten Rita Stenger



NRAbg. Maximilian Köllner und Bgm. Johann Schrammel gratulieren dem neuen Golser Vizebürgermeister Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter

## Vizebürgermeisterwechsel in Hornstein und Gols

**I**n den Gemeinden Hornstein und Gols kam es zu personellen Änderungen in den Gemeindeparlamenten. Neu besetzt wurden in beiden Fällen die Funktion des Vize-Ortschefs.

In Gols folgte Kilian Brandstätter auf Hans Hackstock als Vizebürgermeister. Neuer Vizebürgermeister von Hornstein ist Rainer Schmitl.

**Erratum:** In der letzten Ausgabe ist der Redaktion leider ein Fehler unterlaufen: Am Bild zum Bürgermeisterwechsel in Horitschon zu sehen war Neo-Gemeindevorstand Sascha Miletitsch und nicht Franz Minasch. Wir bedauern den Irrtum.



2. Landesgeschäftsführer des GVV Patrick Hafner ist seit kurzem Obmann-Stellvertreter beim Verein „Volksengerl“. Hier am Bild mit Fahrer Kevin Sifkovits. Foto: Volkshilfe Burgenland

## „Volksengerl“ sorgt seit 2018 für mehr Mobilität

**S**eit 2018 bietet die Volkshilfe Burgenland mit dem Projekt „Volksengerl on Tour“ Mobilität für jene Menschen, die Hilfe brauchen.

Viele Menschen sind aus unterschiedlichen Gründen von eingeschränkter Mobilität betroffen, welche zu sozialer Isolation führen kann. Mit dem sogenannten Volksengerl Fahrtendienst, der von ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern durchgeführt wird, soll dem entgegengewirkt werden. Eine einfach zu bedienende Onlineplattform macht es sowohl Fahrer\*innen als auch Mitfahrer\*innen besonders leicht sich zu vernetzen: Nach einer kurzen Registrierung und Bekanntgabe der Handynummer, werden FahrerInnen und MitfahrerInnen per SMS mit den jeweiligen Kontakten zusammengebracht.

Die Volksengerl-Fahrzeugflotte steht für einen geringen jährlichen Kostenbeitrag bereit und bietet Mobilität für alle Menschen, die Hilfe brauchen

Foto: Volkshilfe Burgenland

Es stehen insgesamt zwei speziell umgebaute und behindertengerecht ausgestattete Kleinbusse zur Verfügung. Aktuell befindet sich je ein Fahrzeug in Stegersbach und in Siegersdorf. „Inklusive FahrerInnen können neun Personen oder bis zu vier RollstuhlfahrerInnen transportiert werden,“ ist Volkshilfe Präsidentin Verena Dunst stolz. Der Mitgliedsbeitrag für Mitfahrerinnen und Mitfahrer beträgt 50 Euro pro Jahr – die durchgeführten Fahrten sind gratis!

Bis heute wurden ca. 31.500 km mit den beiden Kleinbussen zurückgelegt. „Der Erfolg des Projektes ist sehr stark von ehrenamtlichen Helfern abhängig, die die Fahrdienste übernehmen“, appelliert Dunst. Aus diesem Grund freuen wir uns über neue Freiwillige, die gerne für hilfsbedürftige Menschen einen Fahrtendienst übernehmen.

Nähere Informationen finden Sie unter [www.volksengerl.at](http://www.volksengerl.at).



## Online-Petition für sicheren Schulweg

Im März schlossen die Schulen im ganzen Land. Schulkinder wurden von einem Tag auf den anderen von zuhause aus unterrichtet. Seit Mai sind die Schulen wieder geöffnet, doch die Coronakrise zwingt Bürgerinnen und Bürger dazu, physischen Abstand zu halten. So auch in der Schule und auf dem Schulweg. Dies wird jedoch an vielen Orten unmöglich gemacht.

Für den burgenländischen SPÖ-Nationalratsabgeordneten Maximilian Köllner stellt die vorherrschende 2:3 Regel im Linien- oder Gelegenheitsverkehr (drei Kinder dürfen auf zwei Plätzen sitzen) eine untragbare Gefährdung der Schulkinder dar. In einer gemeinsamen Petition mit dem SPÖ-Kommunalsprecher und Bürgermeister von Trumau, Andreas Kollross, verlangt er eine Änderung des Kraftfahrzeuggesetzes auf eine 1:1 Regel und die Schaffung der dringend benötigten flächendeckenden Auslastung an Linien- und Schulbussen.



NR Maximilian Köllner und NR Andreas Kollross fordern die Bundesregierung auf, durch mehr Schulbusse einen sicheren Schulweg zu schaffen. Foto: SPÖ

„Im Schulbus muss jedes Kind einen eigenen Sitzplatz haben und sich anschnallen. Das gilt nicht für Linienbusse: Hier dürfen sich drei Kinder zwei Plätze teilen. Im Linienbus dürfen Kinder sogar stehen. Als wäre das nicht schon unsicher genug, ist vor allem zu Stoßzeiten die Einhaltung der Abstandsregel mit den zur Verfügung stehenden Kapazitäten unmöglich“, kritisiert Köllner die vorherrschenden Zustände.

Die einzige Chance einen sicheren Schulweg und eine Entspannung der Platzsituation herbeizuführen, ist die Bereitstellung zusätzlicher Verstärkerbusse. Für die beiden Abgeordneten ist klar, dass die Bundesregierung gefordert ist, durch entsprechende Abstandsregeln und zusätzliche budgetäre Mittel einen sicheren Schulweg zu schaffen. Die Petition kann auf der Homepage des Parlaments online unterstützt werden.

**SCHLUSS MIT ÜBERFÜLLTEN BUSSEN!**

**Platz frei!**

**PETITION: Mehr Platz bei SchülerInnentransporten im Gelegenheitsverkehr**

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/PET/PET\\_00043/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/PET/PET_00043/index.shtml)

ONLINE PETITION online unterstützen!

MAXIMILIAN KÖLLNER

## Einigung über EU-Budget

**D**ie EU-Staats- und Regierungschefs hatten schon Ende Juli tagelang über das nächste EU-Budget beraten, nun konnten sich am 10. November auch Rat und Parlament auf die endgültigen Zahlen und Zuweisungen einigen. Das Parlament setzte sich in einigen Punkten durch und erreichte etwa eine Erhöhung von Erasmus+ und Horizon Europe.

Die großen Linien bleiben gleich: Der Finanzrahmen für 2021-2027 umfasst 1,074 Billionen Euro, ergänzt um 750 Mrd. Euro aus dem Aufbauprogramm Next Generation EU. Dieses Programm hat die Besonderheit, dass es nicht über Beiträge der Mitgliedstaaten, sondern über die Finanzmärkte finanziert wird.

Die Rückzahlung der Darlehen soll u.a. durch neue Eigenmittel erfolgen. Die Abgabe auf nicht recyceltes Plastik ist bereits bekannt und wird aller Voraussicht schon 2021 umgesetzt, das EU-Parlament drängte aber auch auf die rasche Vorlage weiterer Eigenmittel (CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich, Digitalsteuer, Emissionshandel, Finanztransaktionssteuer, gemeinsame Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage).

Dem Eigenmittelbeschluss müssen alle nationalen Parlamente zustimmen, ein Prozess, der im besten Fall einige Monate dauert. Erst nach erfolgter Ratifizierung in allen

Mitgliedstaaten kann die EU-Kommission die Gelder aufnehmen.

Das EU-Parlament konnte sich letztlich mit seiner Forderung, die wichtigen Zukunftsprogramme Erasmus+, EU4Health und Horizon Europe (Forschung) besser zu dotieren, durchsetzen. Insgesamt werden 15 Mrd. Euro zusätzlich mobilisiert.

Österreich kann mit knapp unter 3 Mrd. Euro aus der Aufbau- und Resilienzfazilität rechnen. Diese macht den Löwenanteil von Next Generation EU aus und setzt sich aus 360 Mrd. Euro Darlehen und 312,5 Mrd. Förderungen zusammen. Die Gelder sollen in Prioritäten aus den Empfehlungen des Europäischen Semesters investiert werden. Aus Gemeindesicht ist darauf hinzuweisen, dass Österreich im Semesterprozess regelmäßig an den Breitbandausbau im ländlichen Raum sowie einen flächendeckenden Zugang zu Kinderbetreuung erinnert wird. Damit die Gemeinden von den Mitteln aus dem Aufbau- und Resilienzfonds profitieren, müsste der nationale Aufbauplan, welchen die Bundesregierung bis April 2021 bei der Kommission einreichen muss, eine entsprechende Zielsetzung enthalten. Sinnvoll wäre dies durchaus, der Finanzierungsanteil der Gemeinden könnte bei förderfähigen Projekten weit unter 50% gedrückt werden.

## EU-Kommission: Arbeitsprogramm 2021 im Zeichen des Green Deal

**F**ür Gemeinden interessant sind die Vorschläge zur Umsetzung des Grünen Deals aber auch die Überarbeitung der Richtlinie über die Teilnahme von EU-Bürgern an Kommunalwahlen.

Das Arbeitsprogramm der Kommission ist äußerst ambitioniert, es enthält Legislativvorschläge in allen sechs Kernbereichen (Grüner Deal, Digitales, Wirtschaft im Dienste der Menschen, Europa in der Welt, Europäische Lebensweise).

Die Vorschläge sind in 44 politische Ziele gegliedert, ein politisches Ziel kann jedoch mit mehreren Richtlinienvorschlägen verbunden sein. Dies ist z.B. beim sog. „Fit für

55“-Paket der Fall, das der Erreichung des 55% CO<sub>2</sub>-Reduktionsziels dienen soll und gleich 12 Richtlinienvorschläge bzw. Vorschläge zur Überarbeitung bestehender Richtlinien enthält. Hier findet sich auch besonders viel, das auf lokaler Ebene umgesetzt werden muss, wie die Änderungen der Erneuerbaren-Energie-Richtlinie, der Energieeffizienzrichtlinie oder der Gebäuderichtlinie. Aber auch die allfällige Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie oder ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem wirken sich auf die Gemeinden aus. Bei den nicht-legislativen Maßnahmen ist u.a. auf den Null-Schadstoff-Aktionsplan für Luft, Wasser und Boden und die langfristige Vision für ländliche Gebiete hinzuweisen.



### Konsultation zur Energieeffizienzrichtlinie

Die Umsetzungsfrist für die revidierte Energieeffizienzrichtlinie endete im Oktober, Mitte November leitete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur neuerlichen Revision ein.

Die Fragen drehen sich um die Umsetzung auf nationaler Ebene und die gefühlten oder gemessenen Erfolge der Energieeffizienzrichtlinie. Einleitend bietet sich ein Überblick über jene Sektoren, welche die meisten und die wenigsten Einsparungen erzielen konnten und es verwundert nicht, dass Mobilität und Transport seit 2014 für steigende Emissionen verantwortlich sind. Die Konsultation stellt dennoch auf Einzelbetrachtungen ab, obwohl gerade der Transportbereich ein Paradebeispiel für das Zusammenwirken vieler Sektoren und gesellschaftlicher Entscheidungen ist.

Gemeinden bzw. Energieexperten auf lokaler Ebene sollten v.a. die Fragen zu verbindlichen Verpflichtungen für öffentliche Gebäude im Auge behalten (2.8) und von den Möglichkeiten zur freien Kommentierung Gebrauch machen. Die Kommission stellte ja bereits in ihrer Mitteilung zur Renovierungswelle klar, dass verpflichtende Renovierungsquoten für alle öffentlichen Gebäude, allen voran Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und den sozialen Wohnbau, geplant sind.



**Bundesvorstandssitzung des GVV Österreich in Klagenfurt:** Zu einer ordentlichen Bundesvorstandssitzung lud die Spitze des GVV Österreich Ende Oktober nach Klagenfurt. Die beiden Vorsitzenden, die Klagenfurter Bürgermeisterin Dr. Maria Luise Mathiaschitz sowie der Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bgm. Rupert Dworak, konnten in Klagenfurt auch den Kärntner Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser begrüßen, der zu aktuellen Lage Stellung nahm. Insgesamt war die Sitzung thematisch geprägt von der aktuellen Corona Krise. Vor allem die dramatische Lage der Städte und Gemeinden war ein Hauptthema. NR Andreas Kollross, Bürgermeister von Trumau in Niederösterreich, informierte über die parlamentarischen Initiativen und das es eine Resolution des GVV Österreich gerichtet an die Bundesregierung geben wird mit dem Inhalt, die Städte und Gemeinden finanziell nicht im Stich zu lassen. Der GVV Österreich ist der Zusammenschluss aller Bundesländer-GVV's der SPÖ und der SPÖ Fraktion im Städte- und Gemeindebund. Für den GVV Burgenland waren Präsident Erich Trummer und LGF Mag. Herbert Marhold mit dabei. Vertreten sind außerdem die beiden GVV Burgenland Vizepräsidentinnen Inge Posch-Gruska und Renate Habetler. Bundesgeschäftsführer des GVV Österreich ist der Neudorfler Gemeinderat Martin Giefing.

*Foto: GVV Burgenland*



SPÖ-Bezirksvorsitzender und Landtagsabgeordneter Dieter Posch und die Landtagsabgeordnete Claudia Schlager mit Vizebürgermeisterin Eva Schachinger Foto: SPÖ Mattersburg

## Wechsel: Neue Vizebürgermeisterin für Pöttelsdorf

Im Zuge der letzten Gemeinderatssitzung in der Gemeinde Pöttelsdorf wurde Ortsparteivorsitzende Eva Schachinger (SPÖ) als Nachfolgerin von Manuel Bauer zur Vizebürgermeisterin gewählt.

Die neue Vizebürgermeisterin ist seit knapp sieben Jahren Mitglied der SPÖ Pöttelsdorf, wobei sie seit vier Jahren das Amt der Ortsparteivorsitzenden innehat. Bei der Landtagswahl im Jänner 2020 konnte sie als SPÖ-Kandidatin für den Bezirk Mattersburg ein herausragendes Ergebnis von 472 Stimmen erreichen. „Einen großen Dank möchte ich Manuel Bauer für seinen großartigen Einsatz aussprechen. Als Vizebürgermeister setzte er sich knapp neun Jahre für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger von Pöttelsdorf ein. Seiner Nachfolgerin Eva Schachinger darf ich zu ihrer neuen Funktion recht herzlich gratulieren! Ich bin überzeugt, dass sie diese Aufgabe meistern wird und wünsche ihr viel Kraft und alles Gute“, gratuliert SP-Bezirksvorsitzender und Landtagsabgeordneter Dieter Posch.

### I M P R E S S U M

#### Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband  
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt  
[www.gvbgld.at](http://www.gvbgld.at)

**Redaktion:** GVV Burgenland

**Druck:** Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt  
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

**Zulassungsnummer: 02Z034036 M**